



24.02.2012 | Nr. 095/12

## Heike Franzen: Der Beruflichen Bildung wird zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt

Sperrfrist: Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort!

Die berufliche Bildung ist die größte Säule unseres Bildungssystems. Unsere Berufsbildenden Schulen leisten hoch qualifizierte und qualitativ sehr gute Arbeit. Dennoch wird der Beruflichen Bildung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das ist schlecht, denn gerade auf diesem Bildungssektor stehen durchgreifende Reformen an.

Dazu gehört die Gestaltung des wirtschaftlichen Strukturwandels auf dem Ausbildungsmarkt ebenso wie die europäische Einbettung der dualen Ausbildung sowie die bessere Verzahnung zwischen Schulen und Unternehmen.

Der vorliegende Bericht, der eine Bestandsaufnahme zur Errichtung von Regionalen Bildungszentren in SH darstellt, macht deutlich, dass gerade diese beruflichen Schulen, was die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft angeht, auf einem sehr guten Weg sind.

Mit der Organisationsstruktur als RBZ haben die Beruflichen Schulen darüber hinaus mehr Flexibilität erhalten, um auf dynamische Entwicklungen im Bereich der Berufsbilder sowie auf die Anforderungen der Wirtschaft zu reagieren. Überdies haben sie mehr Raum für Eigenverantwortung vor Ort und arbeiten mit regionalen Anbietern auf dem Fort- und Weiterbildungssektor als auch den regionalen Unternehmen eng zusammen.

Diese positive Entwicklungen der RBZ's mache ich auch immer wieder gerne an der Eckener Schule in Flensburg fest, die sozusagen als einer der Pioniere dieser Organisationsentwicklung für diesen Prozess vom Bundesinstitut für Berufliche Bildung mit dem Weiterbildungsinnovationspreis 2006 ausgezeichnet wurde und heute als Schulbetrieb in breiter Vernetzung mit regionalen Weiterbildungsanbietern und der Wirtschaft super aufgestellt ist.

Ich kann als Flensburgerin also die im Bericht genannten Kreise, die bis heute keine Regionalen Berufsbildungszentren errichtet haben, nur ermuntern, diesen Weg zu gehen.

Lassen Sie mich im Folgenden kurz auf den Antrag zu Einrichtung einer Berufsbildungskonferenz von Bund und Ländern eingehen, deren Etablierung mit der Aufhebung des Kooperationsverbots einhergehen würde.

Und deshalb möchte ich für die CDU-Fraktion noch einmal betonen:

Das Kooperationsverbot hat sich nicht bewährt!

Niemand versteht, warum Bund und Länder in zentralen Fragen der Bildungspolitik nicht zusammenarbeiten dürfen, das sagen auch viele, die die Föderalismusreform unterstützt haben.

Bund und Länder müssen gemeinsam gestalten - Fesseln, die das behindern, müssen wir abstreifen - das Grundgesetz muss geändert werden.

Wie eine Bund-Länder-Kooperation im Bereich des beruflichen Schulwesens aussehen könnte, würde ich gerne im Bildungsausschuss diskutieren wollen.

Denkbar wäre hier für die CDU, die Aufgaben der Bund-Länder Kommission zu reaktivieren.

Abschließend noch ein Wort zum Antrag der Grünen zur Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Wahrscheinlich haben die Grünen hier Handlungsbedarf gesehen, da der Spitzenkandidat der SPD in der letzten Woche behauptet hat, dass 95 % unserer Hauptschüler keinen Ausbildungsplatz erhalten. Ich weiß nicht, von welchem Land Herr Albig spricht. Fest steht, dass er sich offensichtlich in Schleswig-Holstein, das Land, welches er ja regieren möchte, nicht auskennt. Und das ist nicht nur peinlich, meine Damen und Herren, sondern schadet dem Ansehen der jungen Menschen in unserem Land und dem Image unseres Schulsystems.

Der Antrag enthält durchaus positive Anregungen, darüber sollten wir im Bildungsausschuss reden.

Vieles aber läuft in Schleswig-Holstein auf diesem Sektor bereits sehr gut - die einzelnen Bedarfe könnten in der Tat besser aufeinander abgestimmt und strukturiert werden.

Jedem jungen Menschen ein Recht auf einen Ausbildungsplatz zu gewähren, hält die CDU allerdings für abwegig. Der Staat soll also Ausbildungsplatzgarantien vergeben - das ist Planwirtschaft pur, meine Damen und Herren, für uns als Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft nicht darstellbar.

Ich bedanke mich für die Erstellung des Berichtes und beantrage für die CDU diesen als auch die beiden Anträge zu weiteren Beratung in den Bildungsausschuss zu überweisen.